



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

DAS POLNISCH-RUSSISCHE VERHÄLTNIS UND DIE EU-OSTPOLITIK

■ ANALYSE

Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union 2
Cornelius Ochmann, z.Zt. Moskau

■ UMFRAGE

Die Einstellung der polnischen Bevölkerung zum polnischen Veto 6
Reaktionen der russischen Bevölkerung auf das polnische Veto 8
Die polnische Bevölkerung zu den polnisch-russischen Beziehungen 8
Die russische Bevölkerung über die Beziehungen zu Polen 9

■ CHRONIK

Vom 8. bis zum 15. Januar 2007 10

■ LESEHINWEIS

Auf einen Beitrag zu Polen im aktuellen OSTEUROPA-Heft 11

Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union

Cornelius Ochmann, z.Zt. Moskau

Zusammenfassung

Die Erfahrungen mit der russischen und sowjetischen Hegemonialpolitik im Allgemeinen und mit der Polenpolitik Moskaus im Besonderen haben im Gedächtnis der Polen tiefe Spuren hinterlassen. Sie spielen bei Polens Beitrag zur Gestaltung der Wende in Kiew Ende 2004 wie auch bei der Forderung an die EU, einen neuen Ansatz gegenüber den osteuropäischen Staaten zu wagen, eine wichtige Rolle.

Für die polnische Staatsräson ist Ostpolitik nicht nur eine an Russland orientierte Außenpolitik der EU. Ihr besonderer Akzent liegt auf der Einbeziehung der Ukraine, Moldawiens und Belarus' bis hin zur Berücksichtigung des Kaukasus und Zentralasiens. Die Verknüpfung dieser Regionen mit der Interessensphäre der EU zeigt das gemeinsame Interesse Polens und Deutschlands im postsowjetischen Raum.

Die östliche Dimension der EU-Nachbarschaftspolitik muss zunächst die Leistungsfähigkeit der gesamteuropäischen Integration berücksichtigen. Sie fordert von der ganzen EU die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags oder die Umsetzung dessen institutionellen Teils, was überhaupt erst die Handlungsfähigkeit der EU-27 ermöglichen würde. Hier muss die polnische Regierung ihre bisherige Haltung überdenken und eine pragmatischere Haltung einnehmen, wenn Polen weiterhin eine wichtige Rolle jenseits der östlichen Grenze der EU spielen möchte.

Das Veto des EU-Mitglieds Polen

Seit dem 1. Januar 2007 muss die EU die Außenpolitiken von 27 Mitgliedstaaten koordinieren und mitgestalten. Mit dieser schwierigen Aufgabe zu beginnen, fällt der Präsidentschaft zu, die Deutschland im ersten Halbjahr 2007 innehat. Eines der Ziele der vorangegangenen finnischen Präsidentschaft war die Aufnahme der Verhandlungen mit Russland über die Neugestaltung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland, das 2007 ausläuft. Gegen diesen Schritt legte jedoch die polnische Regierung ein Veto ein, so dass die symbolische Aufnahme von Verhandlungen anlässlich des EU-Russland-Gipfels am 24. November 2006 in Helsinki ausfiel. So wichtig und berechtigt auch die Gründe für das polnische Veto waren, hat diese für alle Seiten überraschende Handlung Polens bei den EU-Partnern für Konsternation gesorgt. Insbesondere in Berlin stieß das Veto auf Unverständnis angesichts der bevorstehenden EU-Präsidentschaft und der noch nicht bestätigten Strategie der „neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung: Zu den bestehenden Missverständnissen und offenen Fragen im deutsch-polnischen Verhältnis kam eine neue ungelöste Frage von strategischer Bedeutung für beide Staaten, aber auch für die ganze EU, hinzu. Allerdings stellt sich die Frage, ob angesichts der begonnenen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Russland über die Nachfolge

des Präsidenten Wladimir Putin und der unklaren russischen Energiestrategie die finnisch-deutsche Position, mit Russland einen neuen Partnerschaftsvertrag noch im Jahre 2007, d.h. am Vorabend der Parlaments- und Präsidentschaftswahl abzuschließen, überhaupt richtig ist.

Historische Gründe für die polnisch-russischen Spannungen

Das besondere Verhältnis Polens zu Russland ist zunächst historisch zu erklären. Die jüngere Geschichte, beginnend mit dem 17. September 1939 (Angriff der Sowjetunion auf Polen, *Anm. d. Red.*), hat im Gedächtnis der Polen tiefe Spuren hinterlassen. Die bis heute von der russischen Seite ungeklärte Verantwortung für die Ermordung von Tausenden polnischen Offizieren in Katyn und anderen stalinistischen Lagern prägte das Verhältnis mehrerer Generationen gegenüber dem sowjetischen bzw. russischen Staat. Zur Entspannung der gegenseitigen Beziehungen trug der Besuch des damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin im August 1993 und seine Akzeptanz des polnischen NATO-Beitritts bei. Von seinen Beratern wurde die „spontane Äußerung“ des Präsidenten im Nachhinein jedoch „richtig interpretiert“; die folgende Auseinandersetzung um den NATO-Beitritt Polens prägte die Verbindungen zwischen den beiden Staaten bis 1999.

Allerdings ist es nicht richtig, dass die Polen einseitig in eine russische Phobie verfallen sind. Auf der russischen Seite gibt es genauso viele Vorurteile gegenüber Polen wie auf der polnischen gegenüber Russland. Präsident Wladimir Putin bereitete dem russisch-polnischen Verhältnis mit der Einführung des „Einheitstages“ am 4. November obendrein einen Bärenienst. In bewährter Vorgehensweise nahm der Kreml den Menschen den Revolutionsfeiertag am 7. November weg und schaffte dafür Ersatz mit dem 4. November, dem „Tag der Einheit des Staates und der Nation“ in Erinnerung an die 1612 erfolgte Vertreibung der polnischen Truppen aus dem Kreml. Den Sinn des Feiertags konnten bei Umfragen 8% aller befragten Russen erklären, in Polen dagegen wussten mehr als 50% der Befragten, dass dies ein antipolnischer Feiertag ist.

Das historische Bewusstsein ist in beiden Nationen viel stärker ausgeprägt als in Deutschland, wobei Polen und Russland den Zweiten Weltkrieg durchaus unterschiedlich wahrnehmen. Für die Mehrheit der Polen war die Rote Armee eine Besatzungsarmee und für die Mehrheit der Russen eine Befreiungsarmee. Daraus resultieren bis heute unterschiedliche Geschichtsbilder, Spannungen und Auseinandersetzungen. Noch in den letzten Jahren gab es diplomatische Querelen um „Spione“ in den diplomatischen Vertretungen, verprügelte Kinder russischer Diplomaten in Warschau und verprügelte polnische Journalisten in Moskau. Schließlich steht immer noch die Beteiligung Polens an dem Aufbau eines amerikanischen Abwehrsystems für transkontinentale Raketen auf der Agenda, das von Russland als feindliche Haltung definiert wurde. Der Besuch des Außenministers Sergej Lawrow in Warschau im Oktober 2006 führte nicht zu einem Durchbruch in den gegenseitigen gespannten Beziehungen.

Die polnische Unterstützung der Ukraine aus russischer Sicht

Bei der polnischen Blockade der EU-Verhandlungsposition zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen spielt die jüngste Vergangenheit eine herausragende Rolle. Mit der Wende in der Ukraine im Dezember 2004 war der Kreml mit seiner Strategie gescheitert, im postsowjetischen Raum eine alternative Struktur zur europäischen Integration zu etablieren. Insbesondere der Einsatz des ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski (polnischer Staatspräsident von 1995 bis 2005, *Anm. d. Red.*) in Kiew blieb dem Kreml in Erinnerung. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Ukraine und die daraus folgende Kohabitation in der politischen Elite sind ein kla-

res Signal für die EU, dass die Ukraine sich weiterhin nach Europa – und nicht nach Russland – orientiert.

Polen spielte sowohl bei der Gestaltung der Wende in Kiew als auch bei der Forderung an die EU, einen neuen Ansatz gegenüber den osteuropäischen Staaten zu wagen, eine wichtige Rolle. Dies hat man in Moskau zu Kenntnis genommen und bei erster Gelegenheit dem Veterinäramt die Möglichkeit gegeben, mit dem Verbot bestimmter polnischer Landwirtschaftsprodukte ein Signal an die polnische Seite zu senden. Sicherlich bereitet der Kreml solche Aktionen nicht generalstabsmäßig vor. Im Dschungel der Bürokratie setzten sich vor allem bestimmte Interessengruppen durch, und das Importverbot für die polnischen Landwirtschaftsprodukte sollte in diese Kategorie eingestuft werden. Das russische Veterinäramt hat auch in anderen EU-Staaten Vertretungen und kontrolliert dort die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte, die nach Russland exportiert werden. Polnische Quellen behaupten jedoch, dass das importierte Fleisch nicht aus Polen stammte, sondern aus Indien und die Einfuhrunterlagen gefälscht wurden, um die Fleischproduzenten zu diskreditieren. Unabhängig davon, ob das Importverbot begründet war oder nicht, ist der wirtschaftliche Schaden in Polen begrenzt, weil die Fleischproduzenten andere Märkte in der EU gefunden haben. Bemerkenswert ist aber, dass die EU-Kommission innerhalb eines Jahres diesen Fall in Gesprächen mit Russland nicht auf die Tagesordnung gebracht hat, obwohl die polnische Regierung mehrmals darum gebeten hatte.

Divergierende energiepolitische Interessen

In der polnischen Blockadehaltung scheint allerdings die Forderung, Russland solle die Energiecharta ratifizieren, viel wichtiger zu sein als die Aufhebung des Fleischimports. Russland hat der EU zuletzt noch vor wenigen Tagen zum wiederholten Male gezeigt, dass es als Energielieferant nur die eigenen Partikularinteressen verfolgt. Der Bau der deutsch-russischen Ostseepipeline, an der nur russische und deutsche Firmen beteiligt sind, wird in Polen als Aktivität angesehen, die polnischen Interessen widerspricht. Die Strategie der gegenwärtigen polnischen Regierung Jarosław Kaczyńskis zielt darauf ab, alternative Energielieferungen für das Land sicherzustellen. In diesen Kontext gehört, dass der polnische Energiekonzern PKN Orlen vor Jahresende in Litauen die Ölraffinerie Mažeikiai erworben und den russischen Konkurrenten Lukoil ausgestochen hat. Daraufhin ist die Pipeline, durch die die Ölraffinerie versorgt wurde, von der russischen Seite geschlossen und als renovierungsbedürftig erklärt worden. Infolgedessen kann die Ver-

sorgung nur mit Eisenbahnwaggons aufrechterhalten werden. Ein mysteriöser Brand am Vorabend des Verkaufs sorgte für zusätzliche Fragen. Dadurch erhöhen sich für Orlen die Produktionskosten, die Angelegenheit wird immer mehr zum finanziellen Risiko, und im polnisch-russischen Verhältnis entsteht ein neuer Konflikt.

Polen ist von russischen Gas- und Ölimporten in stärkerem Maß abhängig als Deutschland. Bislang strebten alle Regierungen erfolglos eine Diversifizierung der Energielieferungen an. Ein Angebot der Bundeskanzlerin Angela Merkel, sich für eine Verbindungspipeline zwischen dem deutschen und polnischen Gasversorgungssystem einsetzen zu wollen, wurde von der polnischen Regierung bisher nicht angenommen. Bis Mitte Februar 2007 hat die polnische Regierung nun noch Zeit, ihre Position zum Bau der Pipeline zu formulieren. Einige Politiker in Warschau äußerten sich kritisch zu diesem Vorschlag mit der Begründung, es handle sich schließlich um russisches Gas. Dass es hier um eine gegenseitige Abhängigkeit und die mögliche Nutzung der deutschen strategischen Reserven geht, die noch im Kalten Krieg angelegt wurden und einen mehrmonatigen deutschen Bedarf abdecken, wurde allerdings nicht bedacht. Für die polnische Seite wäre es noch wichtiger, dass deutsche Konzerne sich für den Ausbau der polnisch-ukrainischen Pipeline Odessa-Brody interessieren, welche die Versorgung Europas mit kaspischem Öl sichern könnte.

Jedenfalls spielten energiepolitische Überlegungen eine wichtigere Rolle bei der Entscheidung Warschaws ein Veto einzulegen, als in den Berliner und Brüsseler Medien berichtet wurde. Die Medienberichterstattung konzentrierte sich vor allem auf die geschilderten polnischen Fleischexporte nach Russland und berücksichtigte nicht die polnischen Interessen und Befürchtungen hinsichtlich der Energieversorgung des Landes.

Das polnische Nein zur Neuverhandlung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens darf also nicht auf das Thema Fleischexporte reduziert werden. Es ist zu erwarten, dass die deutsche Diplomatie die russische Regierung davon überzeugt, das Fleischembargo gegenüber Polen aufzuheben. Aber auch wenn Polen höchstwahrscheinlich sein Veto gegenüber dem Mandat für neue Verhandlungen mit Russland aufheben würde, müssen die EU-Kommission und die deutsche Präsidentschaft damit rechnen, dass die polnische Regierung bei Verletzung der polnischen Interessen im Energiebereich erneut mit einem Veto reagieren wird. Gegenwärtig werden diese Interessen vom russischen staatlichen Unternehmen Transneft,

welches das Öl-Pipelinennetz betreibt, durch die Blockade der litauischen Raffinerie Mažeikiai beeinträchtigt. Hinzu kommt Polens geschilderte negative Wahrnehmung der deutsch-russischen Ostseepipeline. Hier könnte die Bundesregierung ein Angebot vorlegen, um die polnische Öffentlichkeit konkret zu informieren, wie Deutschland und die EU Polen im Notfall mit Gaslieferungen unterstützen könnten. Wenn man berücksichtigt, dass der damalige polnische Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz (Okt. 2005 – Juli 2006, *Anm. d. Red.*) im letzten Jahr die Bildung einer Energie-NATO vorgeschlagen hat, ist die von der EU-Kommission vorgelegte Energiestrategie eine Maßnahme, die das Vertrauen der Bevölkerung in die staatliche Energiepolitik nicht nur in Polen stärken sollte.

Das Interesse der EU und Russlands am postsowjetischen Raum

Bei der Analyse der polnischen Ostpolitik sollte berücksichtigt werden, dass die gegenwärtige polnische Regierung sich dabei eher an universellen Werten orientiert als an polnischen oder EU-Interessen. Daher kann der Ansatz „Annäherung durch Verflechtung“, den Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier den EU-Partnern am Vorabend der deutschen Präsidentschaft präsentiert hat, nur mit partieller Unterstützung Polens rechnen. Diese Strategie ist für die polnische Seite zu stark an Russland orientiert und berücksichtigt zu wenig die polnischen Interessen gegenüber Belarus, Moldawien und der Ukraine. Für die polnische Staatsräson ist Ostpolitik nicht nur eine an Russland orientierte Außenpolitik der EU. Abgesehen davon sind aber manche Inhalte dieses Ansatzes für Polen erfreulich: die Einbeziehung der Ukraine, Moldawiens, Belarus' bis hin zum Kaukasus und Zentralasien. Die Verknüpfung dieser Regionen mit der Interessensphäre der EU zeigt das wahre gemeinsame Interesse Polens und Deutschlands im postsowjetischen Raum.

Allerdings ist zu bezweifeln, dass Russland das Engagement der EU im Kaukasus und in Zentralasien akzeptiert. Bisherige Signale des russischen Außenministeriums und des Kremls deuten darauf hin, dass Russland den ganzen postsowjetischen Raum (mittlerweile ohne die baltischen Staaten) als seine eigene Einflussphäre betrachtet. Es gibt zur Zeit in Moskau auch keinen regierungsnahen Experten, der eine russisch-europäische Kooperation im Kaukasus oder in Zentralasien befürworten würde. Die Schlüsselfrage lautet daher, wie wird Russland mit den Demokratisierungsprozessen in den Staaten des südlichen Kaukasus und Zentralasiens in der

Zukunft umgehen. Für Moskau ist es derzeit von zentraler Bedeutung, ob es nach dem Verlust der Ukraine den Staaten des postsowjetischen Raums und deren politischen Eliten neue tragfähige Konzepte für eine wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Kooperation anbieten kann. Die letzten Spannungen bei Energielieferungen an Belarus und Aserbaidschan deuten darauf hin, dass es keine politisch motivierten Angebote an die GUS-Staaten geben wird. Russland ist dazu übergegangen, Energie zu höchstmöglichen Preisen an alle Abnehmer zu verkaufen. Die postsowjetische Ära der energiepolitischen Subventionen an politische Verbündete ist zu Ende.

Deutschland wird seit Monaten von vielen, aber nicht allen EU-Staaten ermuntert, die Verhandlungen mit Russland bis Ende seiner Präsidentschaft zu beenden. Einige neue EU-Mitglieder – Nachbarn Russlands und geprägt durch negative Erfahrungen in ihren Beziehungen zu Russland – befürworten hingegen, bis zu den russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu warten, bevor neue Verträge mit Russland abgeschlossen werden. Polen steht an der Spitze dieser Gruppe.

Zuletzt sollte die EU den Grad der demokratischen Orientierung der östlichen Nachbarstaaten bei der Gestaltung der Beziehungen honorieren. Daher muss sich die EU in der Zukunft intensiver als bisher dem Demokratisierungsprozess in ihrer Nachbarschaft widmen. Neben den offiziellen Beziehungen zu den jeweiligen Regierungen gilt es, die Zivilgesellschaft stärker zu fördern. Die EU benötigt flexible Fonds, die Demokratisierungsprozesse auf unbürokratische Weise unterstützen könnten. Die Europäer sollten nicht den amerikanischen NGOs diese gesellschaftlichen Umwälzungen überlassen. Die Folge wäre langfristig eine amerikanische Dominanz, verbunden mit einem Ansehensverlust der EU. Dieser Prozess findet jetzt schon statt und konnte bisher nur durch die Perspektive der EU-Mitgliedschaft zu Gunsten der EU beeinflusst werden. Wie sich diese Prozesse in Staaten entwickeln werden, die keine unmittelbare EU-Mitgliedschaftsperspektive erhalten werden, bleibt offen. Polen und andere neue Mitgliedstaaten der EU können und werden in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielen.

Neue Formen der Integration müssen das generelle Nein zum Beitritt in ein Ja zur Assoziierung von Demokratien im postsowjetischen Raum umwandeln. Dies sollte zum Leitfaden der „neuen Ostpolitik“ der EU werden. Die Assoziierung kann rein funktional definiert werden und sollte zunächst keine Zusage der Vollmitgliedschaft beinhalten. Für den Transformationsprozess einer Gesellschaft sind

Reisefreiheit, Studentenaustausch oder grenzüberschreitende Infrastruktur von größerer Bedeutung als die Zusage einer Mitgliedschaft, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der EU-Bevölkerung sicherlich nicht mitgetragen würde.

Perspektiven einer neuen Ostpolitik der EU und Polens Beitrag

Die EU benötigt einen Bauplan auf mehreren Ebenen. Einerseits geht es um die Bewahrung der Handlungsfähigkeit einer EU, die sich reformiert und erweitert. Diese EU darf nicht durch Überdehnung gefährdet werden. Andererseits muss diese EU Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent bewahren. Dabei können unterschiedliche Formen der Assoziierung und Teilmitgliedschaften in einzelnen Bereichen genutzt werden. Schengen und die Euro-Zone sind funktionierende Beispiele für eine differenzierte Integration und sollten weiter entwickelt werden.

Eine neue Ostpolitik der EU muss zunächst die Leistungsfähigkeit der gesamteuropäischen Integration berücksichtigen. Sie fordert von der ganzen EU die Ratifizierung der EU-Verfassung oder die Umsetzung deren institutionellen Teils, was überhaupt erst die Handlungsfähigkeit der EU der 27 Staaten ermöglichen würde. Hier muss die polnische Regierung ihre bisherige Haltung überdenken und eine pragmatischere Haltung einnehmen, wenn Polen weiterhin eine wichtige Rolle jenseits der östlichen Grenze der EU spielen möchte. Ohne institutionelle Reform fehlen die Instrumente für eine effiziente Außenpolitik. Die deutsche Präsidentschaft muss in ihrem Vorschlag zur neuen Ostpolitik die Neubestimmung der außenpolitischen Rolle Moskaus insbesondere im Kontext der Energieabhängigkeit der EU berücksichtigen. Deutschland befürwortet ein neues Abkommen mit Russland, das klare Signale beinhalten soll, Russland in Europa willkommen zu heißen. Als mittelfristige Ziele werden eine Freihandelszone, eine Energiepartnerschaft, enge Beziehungen auf den Gebieten der Forschung, Bildung und Kultur sowie ein Ausbau der gesellschaftlichen und menschlichen Kontakte angestrebt. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geprüft werden, zunächst auf zivilem Gebiet und bei der Katastrophenhilfe, später auch bei gemeinsamen Einsätzen von Friedens- oder Stabilisierungstruppen.

Das Kernelement der strategischen Partnerschaft mit Russland soll aus deutscher Sicht die energiepolitische Zusammenarbeit sein. Einerseits wird seine Bedeutung für die Versorgung der EU mit Energie in

den kommenden Jahren weiter wachsen, andererseits ist die russische Energiewirtschaft auf technologische Investitionen angewiesen. Außerdem soll Russland in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, das die Energiesicherheit als kooperatives Miteinander von Produzenten-, Transit- und Abnehmerstaaten begreift. Die gemeinsame Erklärung des G-8-Gipfels in St. Petersburg, in der Russland die Prinzipien der Energiecharta anerkannt hat, ohne sie explizit zu nennen, war ein Schritt in diese Richtung. Das gegenwärtige Verhalten Russlands im Konflikt mit Belarus führt jedoch dazu, dass das internationale Vertrauen in Russland als Energielieferant zerstört wird.

Der Vorschlag des Auswärtigen Amtes für eine Weiterentwicklung der Beziehungen zu Russland wird durch das Angebot für eine „Modernisierungspartnerschaft“ mit Osteuropa (gemeint sind hier Belarus, Moldawien und Ukraine) und dem südlichen Kaukasus ergänzt. Hinzukommen soll ein

Konzept für Zentralasien. Diese drei Ideen sollen die Grundlage einer „kohärenten Ostpolitik der EU“ bilden. Die Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik für die zwischen der EU und Russland liegenden Staaten erarbeitet derzeit die Europäische Kommission. Eine Strategie für Zentralasien, in der die Interessen, Ziele und Instrumente der EU in ihren Beziehungen zu Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan beschrieben werden sollen, hat Außenminister Steinmeier für die deutsche Ratspräsidentschaft angekündigt.

Ziel der neuen EU-Ostpolitik ist eine friedliche, stabile, rechtsstaatliche und demokratische Entwicklung des postsowjetischen Raumes in den nächsten zehn Jahren und darüber hinaus. Polen und Deutschland haben hier gemeinsame Interessen und müssen zusammenarbeiten, wenn diese Politik erfolgreich sein soll.

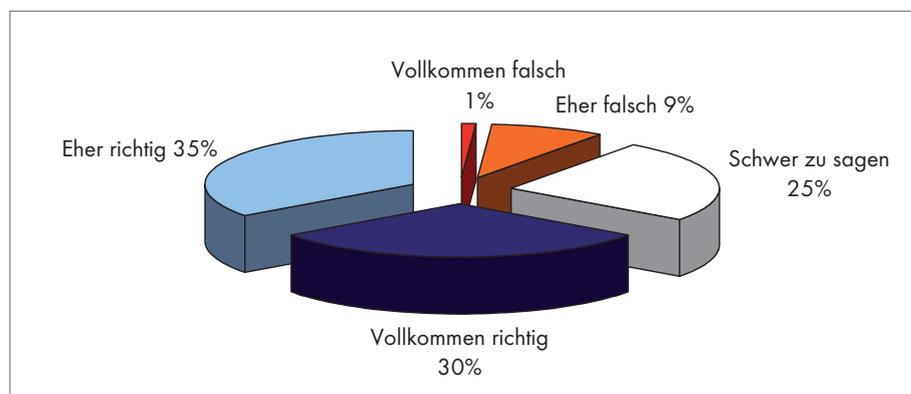
Über den Autor

Cornelius Ochmann, Politikwissenschaftler, Osteuropa-Experte der Bertelsmann Stiftung, z.Zt. Gastprofessor am Unabhängigen Deutsch-Russischen Institut für Publizistik der Lomonossov Universität in Moskau.

Umfrage

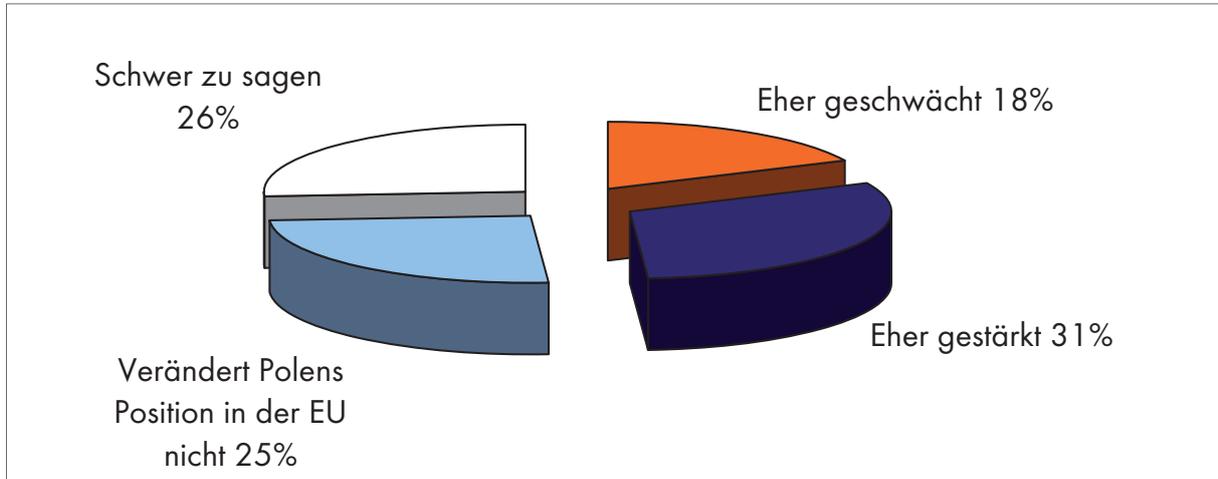
Die Einstellung der polnischen Bevölkerung zum polnischen Veto

Polen hat ein Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland eingelegt. Die Aufhebung seines Vetos macht Polen davon abhängig, dass Russland seine Handelsbeschränkungen gegenüber Polen zurücknimmt. Ist der polnische Standpunkt richtig?



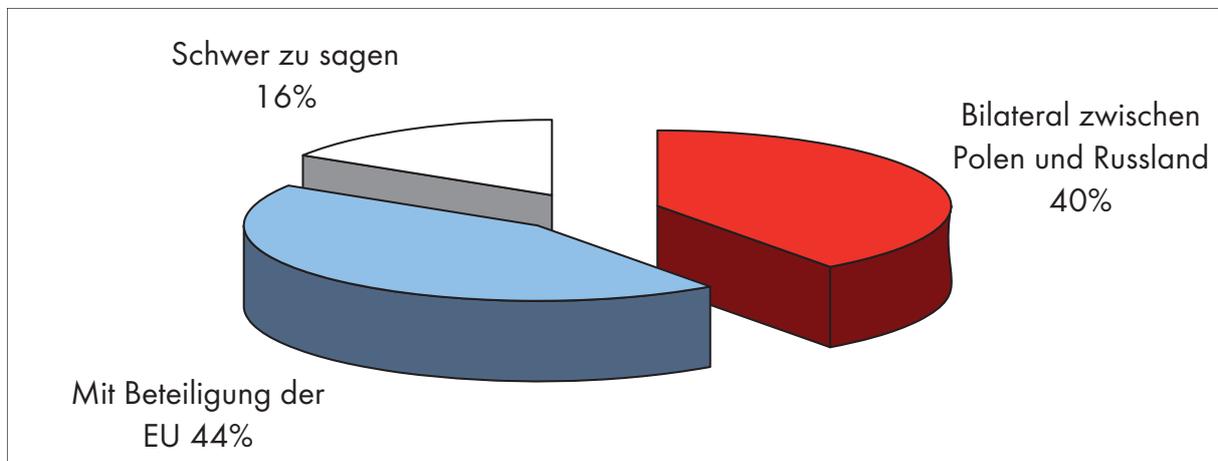
Quelle: CBOS, BS/192/2006: *Opinie o sprawie polskiego weta przeciw rozmowom UE-Rosja*, Warszawa, grudzień 2006, <http://www.cbos.pl>

Wird die Position Polens in der Europäischen Union durch das polnische Veto eher gestärkt oder geschwächt?



Quelle: CBOS, BS/192/2006: *Opinie o sprawie polskiego weta przeciw rozmowom UE-Rosja, Warszawa, grudzień 2006*, <http://www.cbos.pl>

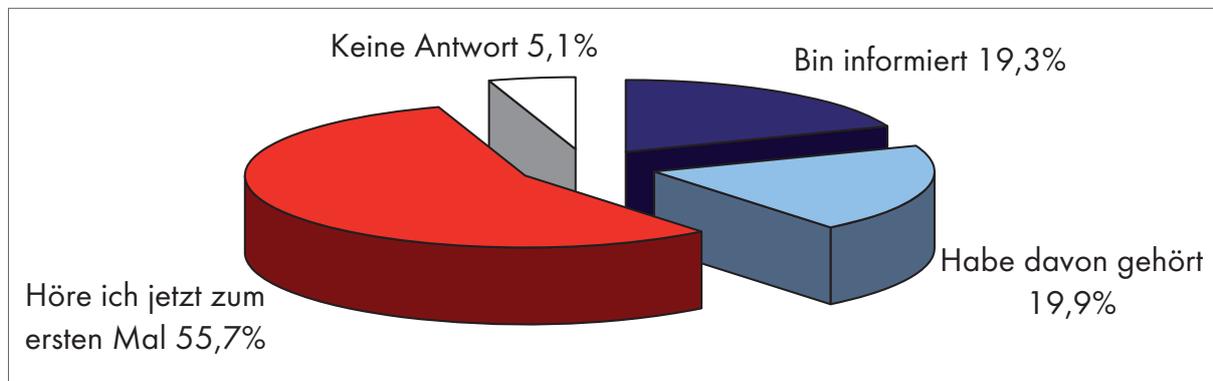
Seit einem Jahr blockiert Russland die Einfuhr polnischen Fleisches und einiger anderer Waren. Wie sollte die Angelegenheit gelöst werden?



Quelle: CBOS, BS/192/2006: *Opinie o sprawie polskiego weta przeciw rozmowom UE-Rosja, Warszawa, grudzień 2006*, <http://www.cbos.pl>

Reaktionen der russischen Bevölkerung auf das polnische Veto

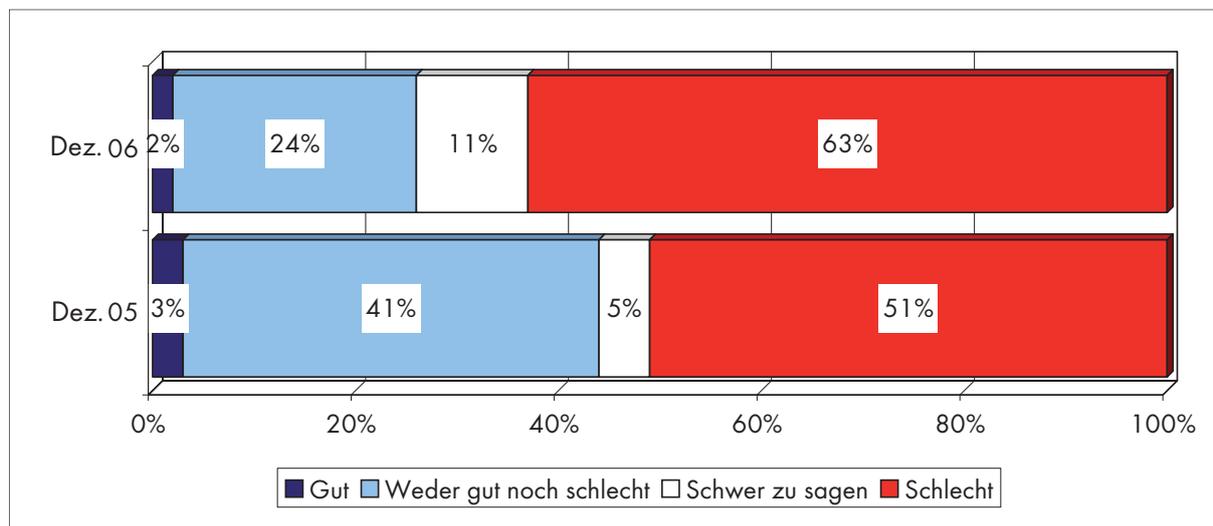
Polen hat vor kurzem sein Veto gegen die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Partnerschafts-abkommens zwischen Russland und der EU eingelegt. Sind Sie darüber informiert?



Repräsentative Umfrage des Fond für Öffentliche Meinung (FOM) vom 2.-3. Dezember 2006,
<http://bd.fom.ru/zip/tb0648.zip>

Die polnische Bevölkerung zu den polnisch-russischen Beziehungen

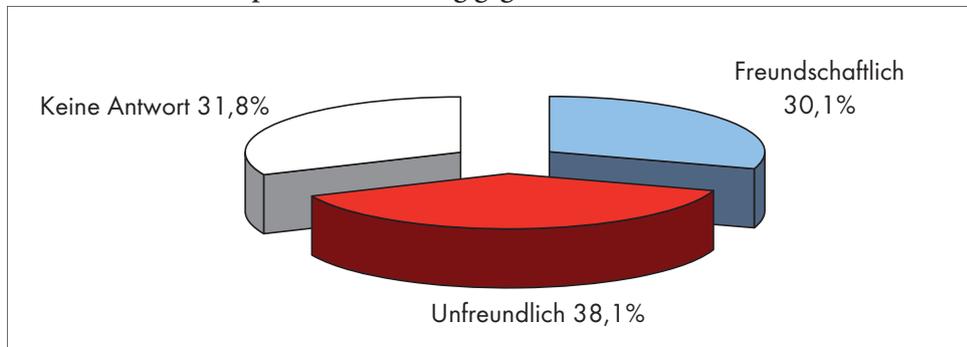
Wie beurteilen Sie die polnisch-russischen Beziehungen?



Quelle: CBOS, BS/192/2006: *Opinie o sprawie polskiego weta przeciw rozmowom UE-Rosja, Warszawa, grudzień 2006*,
<http://www.cbos.pl>

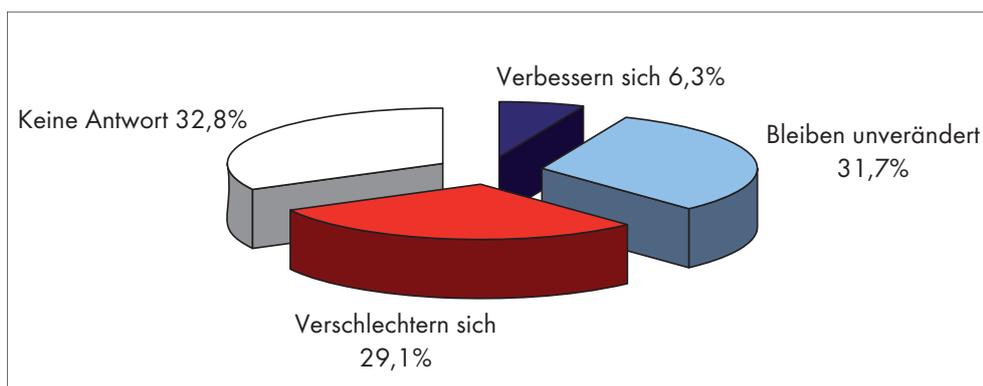
Die russische Bevölkerung über die Beziehungen zu Polen

Wie schätzen Sie die polnische Haltung gegenüber Russland ein?



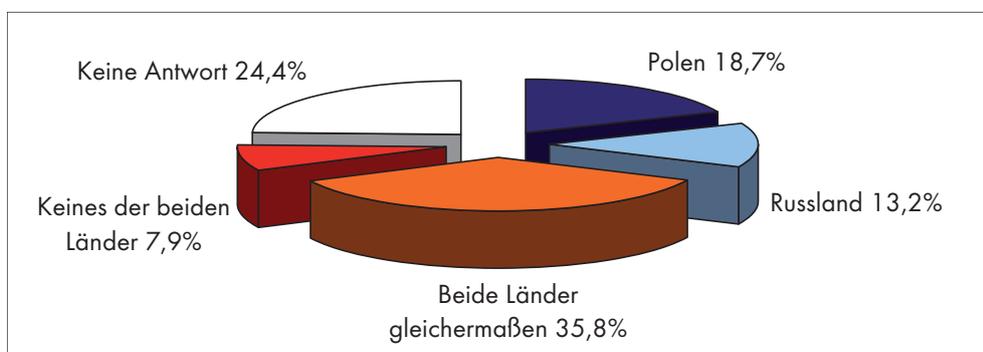
Repräsentative Umfrage des Fond für Öffentliche Meinung (FOM) vom 2.-3. Dezember 2006,
<http://bd.fom.ru/zip/tb0648.zip>

Wie entwickeln sich Ihrer Meinung nach derzeit die russischen Beziehungen mit Polen?



Repräsentative Umfrage des Fond für Öffentliche Meinung (FOM) vom 2.-3. Dezember 2006,
<http://bd.fom.ru/zip/tb0648.zip>

Was meinen Sie, welches der beiden Länder ist derzeit mehr an guten Beziehungen interessiert?



Repräsentative Umfrage des Fond für Öffentliche Meinung (FOM) vom 2.-3. Dezember 2006,
<http://bd.fom.ru/zip/tb0648.zip>

Chronik
Vom 8. bis zum 15. Januar 2007

08.01.2007	In der Nacht vom 07. auf den 08. Januar werden die russischen Erdöllieferungen nach Polen und Deutschland durch die Erdölpipeline Družba gestoppt. Hintergrund ist der Gaspreiskonflikt zwischen Russland und Belarus, der sich auf die Zollgebühren für Öl zwischen beiden Ländern ausweitete.
08.01.2007	Erzbischof Stanisław Wielgus, der am 07. Januar von seinem Amt als Warschauer Erzbischof zurückgetreten ist, ist Senior-Erzbischof von Warschau, teilt der Sprecher des Polnischen Episkopats, Józef Kloch, mit. Weder die Anweisungen des Konkordats noch des Kanonischen Rechts würden den Termin für die Wahl eines neuen Erzbischofs von Warschau präzisieren.
08.01.2007	Die Gewerkschaft der Polnischen Lehrer (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP) beginnt ein Referendum, das über die Durchführung eines Warnstreiks entscheiden soll, um gegen die nach Auffassung des ZNP destruktive Bildungspolitik der Regierung zu protestieren.
09.01.2007	Die Modernisierung der Verwaltung der staatlichen Devisenreserven, der Aufbau der staatlichen Finanzverwaltung, die Einführung des elektronischen Bankwesens sowie die Entwicklung der Aufgabenfelder Informieren und Weiterbilden seien die wichtigsten Errungenschaften der Polnischen Nationalbank, sagt der Präsident der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), Leszek Balcerowicz, am Ende seiner sechsjährigen Dienstzeit.
09.01.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński beurteilt die Krise in der katholischen Kirche Polens auch als nationale Krise.
10.01.2007	Der Sejm beruft Sławomir Skrzypek zum Präsidenten der Polnischen Nationalbank (NBP). Skrzypek war ab Dezember 2005 Vizevorsitzender der Bank PKO BP (Polska Kasa Oszczędności Bank Polski) und ab September 2006 Stellvertreter des amtierenden Vorsitzenden. Er arbeitete bereits mit Staatspräsident Lech Kaczyński zusammen, als dieser Chef des Obersten Rechnungshofes (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) und später Stadtpräsident von Warschau war.
10.01.2007	Staatspräsidenten Lech Kaczyński unterschreibt die Gesetzesnovelle zur Auflösung des Militärgeheimdienstes (Wojskowa Służba Informacyjna – WSI), die er Ende Dezember 2006 vorbereitet hatte. Das politisch und rechtlich umstrittene Gesetz erlaubt dem Präsidenten, Berichtsteile, die die Namen von Soldaten und Agenten des WSI nennen, zu veröffentlichen, wenn ihre Tätigkeiten rechtswidrig waren oder nicht auf die Verteidigung des Staates und des Militärs zielten. Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) kündigt an, das Gesetz vom Verfassungsgericht überprüfen zu lassen.
11.01.2007	Das Lustrationsgericht spricht die ehemalige Pressereferentin der Regierung Tadeusz Mazowieckis (Aug. 1989 – Jan. 1991), Małgorzata Niezabitowka, vom Vorwurf frei, in den 1980er Jahren Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes (Służba Bezpieczeństwa – SB) gewesen zu sein.
12.01.2007	Auf einer außerordentlichen Sitzung des Ständigen Rats der Bischofskonferenz und der Diözesanbischöfe befassen sich 45 von 133 Bischöfen mit der Ausarbeitung systematischer Lösungen für Fälle begründeten Verdachts der Zusammenarbeit von Geistlichen mit dem Sicherheitsdienst (SB) der Volksrepublik Polen. Künftig sollen die katholischen Bischöfe von der Kirchlichen Historischen Kommission (Kościelna Komisja Historyczna) auf ihre Tätigkeit in der Volksrepublik überprüft werden. Die Untersuchungsergebnisse sollen an den Vatikan weitergeleitet werden.
13.01.2007	Der Minister für Kultur und Nationales Erbe, Kazimierz Ujazdowski (Recht und Gerechtigkeit – PiS), beantragt, die Kulturminister der EU-Mitgliedsländer auf ihrer nächsten Ratstagung zu verpflichten, bei der Abstimmung über den Standort der nächsten EXPO 2012 die Kandidatur Breslaus zu unterstützen. Weitere Kandidaten sind Yeosu (Südkorea) und Tanger (Marokko).
14.01.2007	Die Selbstverteidigung (Samoobrona) spricht sich nach ihrem Vizevorsitzenden Krzysztof Filipek für eine Gesetzesinitiative von Recht und Gerechtigkeit (PiS) aus, die u.a. vorsieht, ehemalige Funktionäre der Geheimdienste der Volksrepublik Polen bei Renten- und Pensionszahlungen nicht mehr zu privilegieren.
14.01.2007	Marek Borowski, Vorsitzender der Polnischen Sozialdemokratie (SdPI), widerspricht auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz der Meldung der Internetausgabe der Wochenzeitschrift Wprost, er habe in den 1980er Jahren mit den Geheimdiensten der Volksrepublik zusammengearbeitet. Man habe ihm zwar eine Zusammenarbeit vorgeschlagen, er habe aber abgelehnt. Vom Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej) hatte Borowski den Opfer-Status zugesprochen bekommen.
15.01.2007	Marek Borowski (SdPI) schließt eine Gerichtsklage gegen die Wochenzeitschrift Wprost nicht aus. Die Meldung über eine Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Volksrepublik bewertet er als politisch motivierten Angriff.

Lesehinweis

Einen Aufsatz mit Bezug zu Polen finden Sie in der aktuellen Nummer der Zeitschrift OSTEUROPA 1 / 2007

Das Heft kann bei der Redaktion OSTEUROPA erworben werden.

osteuropa@dgo-online.org, Tel.: 030 / 30104582

Thomas Urban

Es hitlert sehr

Das Deutschlandbild der polnischen Medien

Führende polnische Zeitungen und Zeitschriften sprechen von einer Wiederkehr deutschen Großmachtstrebens. Hitler feiert ein Comeback als Interpretationshilfe für aktuelle Ereignisse in Deutschland. Besonders stark sind Verzerrung, Verfälschung und Auslassung in der Berichterstattung über das Projekt eines Zentrums zur Dokumentation von Vertreibungen in Berlin. Hier treffen zwei Phänomene zusammen. Zum einen erlaubt ein liberales Presserecht Journalisten, aus Hintergrund- oder Telefongesprächen Interviews zu konstruieren. Die Hürden für die Publikation von Gegendarstellungen sind hoch, Zivilprozesse schleppen sich oft jahrelang hin. Zum anderen sind die deutsch-polnischen Vergangenheitsdebatten in verschiedenen Stadien. In Polen geht es darum, das Bild von Polen als Opfer der Deutschen an die junge Generation weiterzugeben. In der Bundesrepublik werden Debatten über die angemessene Art des Gedenkens an den Nationalsozialismus geführt.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt und der Bremer Forschungsstelle Osteuropa mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle ab Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2006 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de